Berufsordnung der Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz

in der Fassung der 7. Änderung vom 01.07.2009

Inhaltsübersicht:

- [§ 1 Geltungsbereich](#)
- [§ 2 Berufsaufgaben](#)
- [§ 3 Berufsausübung](#)
- [§ 4 Zusammenarbeit mit der Landestierärztekammer](#)
- [§ 5 Fortbildungsverpflichtung](#)
- [§ 6 Schweigepflicht](#)
- [§ 7 Aufzeichnungspflicht, tierärztliche Zeugnisse und Gutachten](#)
- [§ 8 Mitwirkungspflicht bei der Bekämpfung von Missständen](#)
- [§ 9 Kollegiales Verhalten](#)
- [§ 10 Einschränkung der Werbung](#)
- [§ 11 Honorar](#)
- [§ 12 Niederlassung](#)
- [§ 13 Berufsausübung durch Tierärzte in abhängiger Stellung](#)
- [§ 14. Praxiskennzeichnung](#)
- [§ 15 Darstellung im Internet](#)
- [§ 16 Praxisanzeigen und -eintragungen](#)
- [§ 17 Ausübung der tierärztlichen Praxis](#)
- [§ 18 Tierarzt und Nichttierarzt](#)
- [§ 19 Hinzuziehen eines weiteren Tierarztes](#)
- [§ 20 Gegenseitige Vertretung](#)
- [§ 21 Notfalldienst](#)
- [§ 22 Beschäftigung von Assistenten und Praxisvertretern](#)
- [§ 23 Weiterführung einer Praxis](#)
- [§ 24 Übergabe und Übernahme einer Praxis](#)
- [§ 25 Gemeinschaftspraxis](#)
- [§ 26 Gruppenpraxis](#)
- [§ 27 Tierärztliche Klinik](#)
- [§ 28 Berufshaftpflichtversicherung](#)
- [§ 29 Ausbildung von nichttierärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern](#)
- [§ 30 Verletzung der Berufspflichten](#)
- [§ 31 Inkrafttreten](#)

§ 1 Geltungsbereich

Die Berufsordnung gilt für alle Personen, die nach der Bundes-Tierärzteordnung berechtigt sind, die Berufsbezeichnung "Tierärztin" oder "Tierarzt" zu führen und in Rheinland-Pfalz den tierärztlichen Beruf ausüben (im folgenden "Tierarzt"). Sie regelt, welche Pflichten bei der Ausübung des tierärztlichen Berufes zu beachten sind. Ausübung des tierärztlichen Berufes ist jede Tätigkeit, bei der die während eines abgeschlossenen veterinärmedizinischen Studiums erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten verwendet werden, dabei muss es sich nicht zwingend um eine Erwerbstätigkeit handeln.

§ 2 Berufsaufgaben

- (1) Der Tierarzt ist berufen, Leiden und Krankheiten der Tiere zu verhüten, zu lindern und zu heilen und zur Erhaltung und Entwicklung eines gesunden und leistungsfähigen Tierbestandes beizutragen. Er ist außerdem berufen, den Menschen vor Gefahren und Schädigungen durch Tierkrankheiten, durch Lebensmittel und Erzeugnisse tierischer Herkunft zu schützen und auf eine Steigerung der Güte von Lebensmitteln tierischer Herkunft hinzuwirken. Damit dient er zugleich der menschlichen Gesundheit.
- (2) Der Tierarzt ist der berufene Schützer der Tiere.
- (3) Der Tierarzt erfüllt eine im öffentlichen Interesse liegende Aufgabe. Der Beruf des Tierarztes ist seiner Natur nach ein Freier Beruf. Er ist kein Gewerbe.

§ 3 Berufsausübung

- (1) Der Tierarzt ist verpflichtet, seinen Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihm im Zusammenhang mit dem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen.
- (2) Der Tierarzt hat sich so zu verhalten, wie es das Allgemeinwohl, das Ansehen des Berufsstandes, die Kollegialität der Tierärzte untereinander und die bestehenden Rechts- und Berufsvorschriften erfordern.
- (3) Der Tierarzt ist verpflichtet, die Vorschriften seines Berufsstandes zu beachten und die berufsfördernden Bestrebungen und Einrichtungen der Landestierärztekammer zu unterstützen.

§ 4 Zusammenarbeit mit der Landestierärztekammer

- (1) Der Tierarzt ist verpflichtet, bei der Landestierärztekammer die Aufnahme, Beendigung oder Veränderungen seiner beruflichen Tätigkeit unverzüglich, spätestens nach einem Monat schriftlich anzumelden und ihr dabei den Praxissitz, seinen Wohnsitz sowie die Art seiner Berufsausübung mitzuteilen. Satz 1 gilt entsprechend für den Beginn einer tierärztlichen Tätigkeit in abhängiger Stellung. Bei der Meldung nach Satz 1 und 2 sind der Landestierärztekammer Nachweise vorzulegen, aus denen sich die Berechtigung zur Ausübung des tierärztlichen Berufs sowie zur Führung akademischer Grade und von Gebiets-, Teilgebiets- und Zusatzbezeichnungen ergibt. Die Originalnachweise können durch aktuell amtlich beglaubigte Kopien ersetzt werden. Die Landestierärztekammer übermittelt die Namen und Anschriften sowie die Gebiets-, Teilgebiets-, Schwerpunkt- und Zusatzbezeichnungen der Kammerangehörigen der für den Ort der tierärztlichen Berufsausübung zuständigen Kreisverwaltung oder Stadtverwaltung der kreisfreien Stadt zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben. Die Landestierärztekammer macht die ihr nach Satz 1 bis 4 zugänglich gewordenen Angaben auch im Deutschen Tierärzteblatt bekannt. Satz 3 gilt entsprechend für den Fall, dass der Tierarzt während seiner Zugehörigkeit zur Landestierärztekammer die Berechtigung zur Führung eines akademischen Grades erwirbt oder ihm von einer anderen Tierärztekammer die Berechtigung zur Führung einer Gebiets-, Teilgebiets- oder Zusatzbezeichnung zuerkannt wird.
- (2) Die Genehmigung von Vorhaben, die der Zustimmung der Landestierärztekammer bedürfen, ist bei dieser rechtzeitig unter Angabe von Gründen zu beantragen. Mitteilungen haben unverzüglich nach Eintritt des Anlass gebenden Ereignisses zu erfolgen.
- (3) Anfragen der Landestierärztekammer sind in angemessener Frist und Form erschöpfend zu beantworten.
- (4) Der Tierarzt soll sich zur Wahrung der beruflichen Belange und im eigenen Interesse vor dem Abschluss von Verträgen - mit Ausnahme von öffentlich-rechtlichen Anstellungsverträgen - von der Landestierärztekammer beraten lassen. Dies gilt insbesondere für die Übernahme oder Abgabe einer Praxis sowie die Eröffnung oder Auflösung einer gemeinsamen Praxis.

§ 5 Fortbildungspflicht

1. § 5 wird wie folgt gefasst:

„ § 5 Fortbildungsverpflichtungen

- (1) Jeder Tierarzt ist verpflichtet, sich beruflich fortzubilden und über die für seine Berufsausübung geltenden maßgeblichen Rechtsvorschriften und Vorschriften des Berufsstandes zu unterrichten.
Er hat in drei Jahren an mindestens 60 Fortbildungsstunden teilzunehmen, die von der Akademie für tierärztliche Fortbildung oder der Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz anerkannt sind. Davon können jeweils maximal 25 Prozent kaufmännisch-betriebswirtschaftliche Fortbildungen oder Fortbildungen ohne Präsenz anerkannt werden.
- (2) Tierärzte, die eine oder mehrere Gebiets-, Teilgebiets- oder Zusatzbezeichnungen führen, müssen mindestens 30 der 60 Stunden in drei Jahren im Bereich der von ihnen geführten Bezeichnung erbringen.

- (3) Jeder zur Weiterbildung ermächtigte Tierarzt ist über die Fortbildungspflicht gemäß Absatz 1 hinaus verpflichtet, in drei Jahren an mindestens 30 Stunden Fortbildungen in den Gebieten, Teilgebieten oder den Bereichen in denen er ermächtigt ist, teilzunehmen.
- (4) Fortbildungsstunden, die in anerkannten Veranstaltungen selbst durchgeführt wurden, werden gleichermaßen anerkannt.
- (5) Auf Anforderung hat der Tierarzt der Landestierärztekammer Rheinland-Pfalz nachzuweisen, dass er seiner Fortbildungspflicht nachgekommen ist. Kann er dies nicht, handelt er berufswidrig.“

§ 6 Schweigepflicht

(1) Der Tierarzt hat die ihm gesetzlich obliegende Schweigepflicht zu beachten. Unberührt bleibt die Wahrnehmung von gesetzlich vorgeschriebenen Melde-, Anzeige- und Zeugnispflichten sowie die Offenbarungsbefugnis zum Schutz eines höherwertigen Rechtsgutes. In Zweifelsfällen soll sich der Tierarzt von der Landestierärztekammer beraten lassen.

(2) Der Tierarzt hat dafür Sorge zu tragen, dass die Pflichten nach Absatz 1 auch von seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eingehalten werden.

§ 7 Aufzeichnungspflicht, tierärztliche Zeugnisse und Gutachten

(1) Der Tierarzt, der in eigener Praxis tätig ist, hat über die in Ausübung seines Berufes gemachten Feststellungen und getroffenen Maßnahmen Aufzeichnungen zu fertigen und diese mindestens drei Jahre aufzubewahren; diese Frist gilt auch für technische Dokumentationen.

(2) Tierärztliche Zeugnisse und Gutachten sind der Wahrheit entsprechend, sorgfältig, unparteiisch und formgerecht auszustellen. Der Zweck des Schriftstückes, der Empfänger und das Datum sind anzugeben. Das Ausstellen von tierärztlichen Gesundheitsbescheinigungen setzt voraus, dass die Tiere oder der Tierbestand unmittelbar zuvor nach den Regeln der tierärztlichen Wissenschaft und Praxis in abgemessenem Umfang untersucht worden sind.

§ 8 Mitwirkungspflicht bei der Bekämpfung von Missständen

Der Tierarzt hat bei der Bekämpfung von Missständen im Arzneimittel- und Heilwesen mitzuwirken. Verstöße und Missstände sind der Landestierärztekammer unverzüglich mitzuteilen.

§ 9 Kollegiales Verhalten

(1) Der Tierarzt hat seinen Berufskollegen Rücksicht entgegenzubringen und Achtung zu erweisen. Herabsetzende Äußerungen über die Person, die Behandlungsweise oder das berufliche Wissen und Können eines anderen Tierarztes sind standeswidrig. Dies gilt auch für das Verhalten zwischen vorgesetzten und nachgeordneten Tierärzten.

(2) Jeder Versuch, mit unlauteren Mitteln einen Berufskollegen aus seiner Stellung zu verdrängen, ihm Patienten abzuwerben, ihn in seiner Berufstätigkeit zu beeinträchtigen oder sonst zu schädigen, ist unzulässig.

(3) Es ist standeswidrig, gegen Entgelt oder sonstige Vorteile Patienten einem anderen Tierarzt zuzuweisen oder sich selbst zuweisen zu lassen.

(4) Tierärzte in einem öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Dienstverhältnis dürfen Ihre Tätigkeit nicht dazu benutzen, den Tierhalter dahingehend zu beeinflussen, dass dieser ihnen oder einem anderen Tierarzt, auch andere tierärztliche Verrichtungen überträgt.

(5) Tierärzte von Tiergesundheitsdiensten, Tierärzte Im Dienst von Versicherungsgesellschaften sowie solche, die aus Irgendeinem Grund Untersuchungen, Behandlungen oder Versuche, insbesondere unter Anwendung von Arzneimitteln, vornehmen und praktische Tierärzte sollen zusammenarbeiten. Die erstgenannten Tierärzte sollen Tierhalter, in deren Beständen sie tätig werden, dazu anhalten, den praktischen Tierarzt rechtzeitig über den Termin Ihres Besuches zu verständigen und ihn über die in seiner Abwesenheit getroffenen besonderen Feststellungen alsbald zu unterrichten.

§ 10 Werbung

(1) Definition der Werbung:

Werbung im Sinne dieser Regelung ist das Anpreisen tierärztlicher Leistungen und das Verbreiten von Informationen mit dem Ziel, die Nachfrage nach tierärztlichen Leistungen zu steigern.

(2) Berufswidrige Werbung ist dem Tierarzt untersagt.

Berufswidrige Werbung ist insbesondere,

1. wahrheitswidrige, irreführende, unsachliche und übermäßig anpreisende Werbung,
2. zu veranlassen oder zu dulden, dass Berichte oder Bildberichte mit Anpreisungen für die eigene tierärztliche Tätigkeit veröffentlicht werden
3. öffentliche Danksagungen zu veranlassen oder zu dulden,
4. zum Zwecke der Werbung Krankengeschichten oder Operations- und Behandlungsmethoden in anderen als fachwissenschaftlichen Schriften oder in Vorträgen vor Nichtfachkreisen bekannt zu geben,
5. unaufgefordert tierärztliche Behandlungen anzubieten
6. eine vergleichende und /oder Preis-/Leistungswerbung

(3) Es ist berufswidrig, zum Zwecke der Umgehung dieser Bestimmungen mit Dritten zusammenzuarbeiten.

(4) Berufswidrig ist nicht:

1. Werbung von Tierärzten bei Tierärzten
2. Werbung, die über die berufliche Tätigkeit in Form und Inhalt sachlich unterrichtet und nicht auf die Erteilung eines Auftrags im Einzelfall gerichtet ist.

(5) Behandlungs-, Tätigkeits-, oder Interessenschwerpunkte sowie sonstige berufsrechtlich nicht geregelte Spezialisierungen dürfen nur öffentlich genannt werden, wenn sie nachweisbar sind und nicht zur Verwechslung mit den durch gesetzlich geregelte Weiterbildung erworbenen Bezeichnungen führen können.

§ 11 Honorar

(1) Das tierärztliche Honorar richtet sich nach der Gebührenordnung für Tierärzte und den einschlägigen Bestimmungen über die Arzneimittelpreise.

(2) Verträge, die Pauschalvergütungen an Stelle der Berechnung von Einzelvergütungen vorsehen, sowie Betreuungsverträge müssen dieser Berufsordnung, der Gebührenordnung für Tierärzte und den arzneimittelrechtlichen Bestimmungen entsprechen. Verträge im Sinne des Satzes 1 sind der Kammer auf Verlangen vorzulegen.

(3) Der Tierarzt soll seine Honorarforderungen mindestens viertel Jährlich erstellen. Er hat sie auf Verlangen aufzugliedern.

(4) Die Vereinbarung eines Erfolgshonorars ist unzulässig.

§ 12 Niederlassung

(1) Die Ausübung des tierärztlichen Berufes in eigener Praxis ist an die Niederlassung gebunden. Niederlassung ist die Begründung einer selbständigen freiberuflichen tierärztlichen Tätigkeit an einem bestimmten Ort, der mit den notwendigen räumlichen, sachlichen und personellen Voraussetzungen ausgestattet ist (Praxissitz). Der niedergelassene Tierarzt führt die Bezeichnung "prakt. Tierarzt" und oder gegebenenfalls Fachtierarztbezeichnung. Die Niederlassung ist durch ein Praxisschild am Praxissitz zu kennzeichnen.

(2) Ort und Zeitpunkt der Niederlassung sowie jede entsprechende Änderung sind der Landestierärztekammer mitzuteilen. Vor der Niederlassung soll sich der Tierarzt von der Landestierärztekammer beraten lassen. Von der Landestierärztekammer erlassene Richtlinien über die Einrichtung und Ausstattung der tierärztlichen Praxis sollen beachtet werden.

(3) Ein Praxisschild und Praxislogo (Anlage) darf nur von niedergelassenen Tierärzten angebracht werden.

(4) Die gemeinsame Führung einer Praxis ist nur zulässig, wenn jeder Beteiligte die Berechtigung zur Ausübung des tierärztlichen Berufes besitzt.

§ 13 Berufsausübung durch Tierärzte in abhängiger Stellung

(1) Beamte oder im öffentlichen Dienst angestellte Tierärzte, die aufgrund beamtenrechtlicher Vorschriften oder vertraglicher Regelungen zur Ausübung tierärztlicher Praxis berechtigt oder verpflichtet sind, gelten als niedergelassen. § 4 Absatz 1 und § 12 gelten entsprechend.

(2) Die Ausübung tierärztlicher Praxis durch Angestellte bei Kapitalgesellschaften, Genossenschaften, Vereinen oder sonstigen Organisationen bedarf der Niederlassung entsprechend § 12. Anstellungsverträge müssen in solchen Fällen so gestaltet sein, dass eine weisungsgebundene freiberuflich-tierärztliche Tätigkeit gewährleistet ist. Der Anstellungsvertrag ist der Landestierärztekammer auf Verlangen vorzulegen.

(3) Angestellte Tierärzte im Sinne des Absatz 2, die nicht niedergelassen sind, dürfen nur Tiere behandeln, die sich in unmittelbarer Haltung des Arbeitgebers befinden.

(4) In tierärztlichen Praxen oder Kliniken angestellte Tierärzte üben den Beruf auf Weisung des niedergelassenen Tierarztes bzw. des tierärztlichen Leiters der Klinik aus.

§ 14 Ersatzlos gestrichen

§ 15 Darstellung Im Internet

(1) Dem Tierarzt ist sachliche und berufsbezogene Information über seine Person und seine Dienstleistungen im Internet erlaubt.

(2) Für den Zugang ins Internet und die Erleichterung des Auffindens durch Nutzer bietet die Landestierärztekammer eine Homepage an.

(3) Für die Darstellungen im Internet gelten die übrigen Regelungen dieser Berufsordnung, insbesondere die § 10.

§ 16 Ersatzlos gestrichen

§ 17 Ausübung der tierärztlichen Praxis

(1) Der niedergelassene Tierarzt übt seinen Beruf auf Anforderung aus. Ohne vorherige Bestellung darf keine tierärztliche Tätigkeit angeboten oder vorgenommen werden. Dies gilt nicht in Notfällen und bei amtlichen Verrichtungen.

(2) Der niedergelassene Tierarzt ist in der Ausübung seines Berufes grundsätzlich frei. Er kann eine tierärztliche Behandlung insbesondere dann ablehnen, wenn es seiner Überzeugung nach an einem Vertrauensverhältnis zum Tierhalter oder dessen Beauftragten fehlt. Dies gilt nicht, wenn und soweit eine rechtliche Verpflichtung zum tierärztlichen Tätigwerden besteht.

(3) Das Behandeln eines Tieres oder eines Tierbestandes ohne vorherige Untersuchung ist unzulässig. Zum Behandeln gehören auch die Verordnung und Abgabe von Arzneimitteln gemäß den Bestimmungen des Arzneimittelrechtes.

(4) In Notfällen ist jeder Tierarzt auch ohne Anforderung zur Leistung der ersten Hilfe bei Tieren verpflichtet.

§ 18 Tierarzt und Nichttierarzt

(1) Tierärzte dürfen sich nur durch Tierärzte vertreten lassen.

(2) Das Untersuchen und Behandeln von Tieren sowie die Vornahme von Eingriffen an Tieren gemeinsam mit Nichttierärzten ist unzulässig, soweit durch Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist. Zulässig bleibt die Inanspruchnahme von tierärztlichem Hilfspersonal und anderen Hilfspersonen.

§ 19 Hinzuziehen eines weiteren Tierarztes

(1) Der Tierarzt darf den von einem anderen Tierarzt erbetenen Beistand nicht ohne zwingenden Grund ablehnen.

(2) Bei Konsilien soll das Ergebnis nach Vereinbarung dem Tierbesitzer vorgetragen werden.

§ 20 Gegenseitige Vertretung

(1) Niedergelassene Tierärzte sollen zur gegenseitigen Vertretung bereit sein.

(2) Jeder niedergelassene Tierarzt ist verpflichtet, für die gesamte Dauer seiner Abwesenheit oder Verhinderung seiner Klientel mindestens einen Tierarzt namhaft zu machen, der bereit und in der Lage ist, eine ordnungsgemäße Vertretung für den gesamten in Betracht kommenden Zeitraum sicherzustellen.

(3) Nach Beendigung der Vertretung sind die übernommenen Behandlungsfälle wieder dem vertretenen Tierarzt zu überlassen.

§ 21 Notfalldienst

- (1) Jeder niedergelassene Tierarzt ist verpflichtet, an einem örtlichen oder regionalen Notfalldienst teilzunehmen.
- (2) Der Notfalldienst dient der tierärztlichen Versorgung. Er wird vorrangig auf freiwilliger Basis durch selbst organisierten Zusammenschluss von wenigstens drei in eigener Praxis tätigen Tierärzten gebildet. Die Einrichtung eines Notfalldienstes ist der Landestierärztekammer mitzuteilen.
- (3) Ist ein örtlicher oder regionaler Notfalldienst eingerichtet, soll für den selben Bereich kein weiterer Notfalldienst gebildet werden.
- (4) Sofern sich ein solcher freiwilliger Notfalldienst für den Einzugsbereich mehrerer Praxen nicht bildet oder seine Umbildung, insbesondere seine regionale oder personelle Ausweitung, innerhalb angemessener Frist auf unüberwindliche Hindernisse stößt, soll die Landestierärztekammer unter den betroffenen Tierärzten auf Antrag eines von ihnen zwecks Neu- oder Umorganisation des Notfalldienstes vermitteln.
- (5) Kommt auf der Basis der Selbstorganisation ein Notfalldienst nicht zustande oder wird er auf Dauer funktionsunfähig, so kann ihn die Landestierärztekammer einrichten, sofern diese Maßnahme
 - 1) zur Sicherstellung der tierärztlichen Versorgung an Wochenenden und an Feiertagen in der betreffenden Region zwingend erforderlich ist oder
 - 2) von der Mehrheit der Tierärzte beantragt wird, für deren Praxiseinzugsbereich ein Notfalldienst nicht auf freiwilliger Basis zustande gekommen oder gescheitert ist, oder
 - 3) geboten ist, um Missbräuchen im Zusammenhang mit der Ankündigung von Wochenend- und Feiertagsvertretungen zu begegnen.
- (6) Der von der Landestierärztekammer eingerichtete Notfalldienst erfasst sämtliche im Notfalldienstbezirk mit eigener Praxis niedergelassenen Tierärzte.
- (7) Auf Antrag kann von der Teilnahme an einem Notfalldienst aus schwerwiegenden, -in der Person oder den Lebensumständen des Verpflichteten liegenden Gründen ganz oder teilweise sowie vorübergehend oder auf Dauer befreit werden, insbesondere wegen Alters, körperlicher Behinderung, belastender familiärer Pflichten oder Teilnahme an einem klinischen Bereitschaftsdienst. Über Umfang und Dauer der Befreiung entscheidet die Landestierärztekammer.
- (8) Für die Organisation und die Durchführung eines Notfalldienstes gelten die Richtlinien der Anlage 2 zu dieser Berufsordnung.

§ 22 Beschäftigung von Assistenten und Praxisvertretern

- (1) Niedergelassene Tierärzte dürfen als Assistenten oder Vertreter nur Tierärzte beschäftigen.
- (2) Der niedergelassene Tierarzt hat eine vier Wochen überschreitende Assistenz oder Vertretung der Landestierärztekammer mitzuteilen. Die Meldepflicht des Assistenten oder des Vertreters nach § 4 Absatz 1 dieser Berufsordnung bleibt davon unberührt.
- (3) Die Einstellung von Assistenten und Vertretern oder anderen tierärztlichen Mitarbeitern muss durch schriftlichen Vertrag erfolgen. Es dürfen keine unlauteren Vertragsbedingungen vereinbart werden, insbesondere ist ein angemessenes Entgelt festzulegen.
- (4) Der niedergelassene Tierarzt hat dafür Sorge zu tragen, dass Assistenten und Vertreter den Berufspflichten nach dieser Berufsordnung nachkommen.

§ 23 Weiterführung einer Praxis

- (1) Die Praxis eines verstorbenen Tierarztes kann unter dessen Namen für ein halbes Jahr zugunsten der Witwe / des Witwers oder der unterhaltsberechtigten Kinder durch einen Tierarzt weitergeführt werden. Dieser hat die Weiterführung der Praxis der Landestierärztekammer unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- (2) In besonderen Fällen kann die Weiterführung der Praxis auf Antrag und mit Zustimmung der Landestierärztekammer auch zugunsten anderer Hinterbliebener oder Erbberechtigter erfolgen. Die Landestierärztekammer kann die in Absatz 1 genannte Frist ausnahmsweise angemessen verlängern.
- (3) Absatz 1 und 2 gelten auch, wenn nach § 8 Absatz 1 Nr. 2 der Bundes-Tierärzteordnung das Ruhen oder nach § 7 Absatz 2 der Bundes-Tierärzteordnung der Widerruf der Approbation angeordnet wurde. Entfällt die Berechtigung zur Ausübung des tierärztlichen Berufes aus sonstigen Gründen ist eine Weiterführung der Praxis nicht zulässig.

§ 24 Übergabe und Übernahme einer Praxis

- (1) Die Übergabe/Übernahme einer tierärztlichen Praxis gegen Entgelt ist statthaft.
- (2) Die Übergabe/Übernahme soll durch schriftlichen Vertrag geregelt werden.

§ 25 Gemeinschaftspraxis

(1) Tierärzten ist der Betrieb einer Gemeinschaftspraxis auch in der Rechtsform der Partnerschaft nach Maßgabe des Gesetzes zur Schaffung von Partnerschaftsgesellschaften und zur Änderung anderer Gesetze vom 25. Juli 1994 (BGBl. I S. 1744) in der jeweils geltenden Fassung - nur mit Tierärzten erlaubt.

(2) Die Gemeinschaftspraxis stellt eine Einheit dar. Sie darf nur von einem Praxissitz aus betrieben werden. §§ 12 und 15 gelten entsprechend. In einer Gemeinschaftspraxis dürfen nur Tierärzte zusammengeschlossen sein, die ihren Beruf ausüben. Jeder Tierarzt darf nur einer Gemeinschaftspraxis angehören. Hinsichtlich der Übertragung amtlicher Aufgaben behält jeder Praxisangehörige die Stellung eines in Einzelpraxis niedergelassenen Tierarztes.

(3) Der Vertrag über die Gründung einer Gemeinschaftspraxis soll schriftlich abgeschlossen werden und Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Gesellschafter, das Verfahren bei der Gewinnermittlung und -verteilung sowie der Änderung oder Auflösung der Gemeinschaftspraxis enthalten.

(4) Die Eröffnung und Beendigung einer Gemeinschaftspraxis oder die Änderung der Gesellschaftsform sind der Landestierärztekammer unverzüglich mitzuteilen. Der Gesellschaftsvertrag ist der Landestierärztekammer auf Verlangen vorzulegen.

(5) Im Namen der Gemeinschaftspraxis dürfen nur die Namen der beruflich tätigen Gesellschafter enthalten sein. Eine Fortführung der Gesellschaft unter dem Namen ausgeschiedener oder verstorbener Gesellschafter ist nicht zulässig. Die Gemeinschaftspraxis in der Form der Partnerschaft im Sinne des Absatzes 1 führt den Namen mindestens eines Partners, den Zusatz "und Partner" oder "Partnerschaft" sowie die Berufsbezeichnung. Weitere Zusätze sind nicht zulässig.

§ 26 Gruppenpraxis

(1) Die Gruppenpraxis ist im Innenverhältnis ein Zusammenschluss mehrerer Praxisinhaber zwecks fachlicher Zusammenarbeit, gegenseitiger Vertretung, gemeinsamer Benutzung von Praxiseinrichtungen und Instrumenten, gemeinsamen Einkaufs und/oder gemeinsamer Beschäftigung von tierärztlichen Mitarbeitern und Hilfspersonal. Im Außenverhältnis bleiben die Praxisinhaber rechtlich und wirtschaftlich selbständig. Die Abrechnung der Behandlungsfälle verbleibt dem jeweils behandelnden Tierarzt, soweit keine abweichenden Vereinbarungen getroffen werden.

(2) Die Gruppenpraxis darf als solche nicht gekennzeichnet werden.

(3) § 25 Absatz 3 und 4 gilt entsprechend.

§ 27 Tierärztliche Klinik

(1) Eine tierärztliche Klinik ist eine tierärztliche Praxis, die zusätzlich der stationären Behandlung und der Versorgung von Notfallpatienten dient. Eine derartige Einrichtung darf unter der Bezeichnung "Tierärztliche Klinik" nur betrieben werden, wenn sie den "Richtlinien für den Betrieb einer tierärztlichen Klinik" (Anlage 3) entspricht. Zusätzliche Hinweise auf eine oder mehrere Tierarten, Tierartgruppen oder eine besondere fachliche Qualifikation sind zulässig, wenn mindestens einer der in der Klinik hauptberuflich tätigen Tierärzte die Berechtigung zur Führung der entsprechenden Fachtierarzt-, Teilgebiets- bzw. Zusatzbezeichnung besitzt. Die Aufnahme, des Klinikbetriebs und die Führung der Bezeichnung "Tierärztliche Klinik" einschließlich eventueller Zusätze bedürfen der vorherigen Zulassung durch den Vorstand der Landestierärztekammer. Die Zulassung setzt einen schriftlichen Antrag voraus, dem die erforderlichen Nachweise beizufügen sind.

(2) Die Aufgabe des Klinikbetriebs sowie wesentliche Veränderungen (z.B. Wechsel des verantwortlichen Leiters der Klinik) sind der Landestierärztekammer unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

§ 28 Berufshaftpflichtversicherung

Der Tierarzt hat sich gegen Haftpflichtansprüche im Rahmen seiner tierärztlichen Tätigkeit hinreichend zu versichern.

§ 29 Ausbildung von nichttierärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

(1) Der Tierarzt ist berechtigt, nach Maßgabe des Berufsbildungsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung Tierarzthelfer/-helferinnen auszubilden. Unberührt bleiben sonstige gesetzlich oder behördlich geregelte Ausbildungsvorschriften.

(2) Der ausbildende Tierarzt ist verpflichtet, bei der Landestierärztekammer bzw. der zuständigen Bezirkstierärztekammer spätestens innerhalb von zwei Wochen die Eintragung eines abgeschlossenen Ausbildungsvertrages sowie die wesentlichen Änderungen hierzu in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse zu beantragen.

§ 30 Verletzung der Berufspflichten

Gegen einen Tierarzt, der seine Berufspflichten verletzt, können nach den Bestimmungen des Heilberufsgesetzes berufsrechtliche Maßnahmen (Rüge, Ordnungsgeld, berufsgerichtliche Verfahren) ergriffen oder eingeleitet werden.

§ 31 Inkrafttreten

(1) Die Berufsordnung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Deutschen Tierärzteblatt in Kraft.

Blaubach 01.07.2009

Dr. W. Luft
Präsident